



## Wie hilfreich ist die Mathematik?

Zum Beitrag „Die blinden Flecken der Volkswirtschaftslehre“ von Prof. Jürgen Kremer, HW 01/2009

Die sogenannte Wirtschaftswissenschaft ist in Wirklichkeit eine hoch entwickelte Wirtschaftslehre, die sich wissenschaftlicher Methoden bedient, naturgesetzlichen Wissensbezug hat und daher keinen mathematischen Gesetzen/Formeln unterliegt. So betrachtet der in Mathematik gekleidete Beitrag keine neuen Erkenntnisse und ob frühere Formelansätze falsch waren oder nicht, ist in Hinblick auf die nur mathematische Hilfsanwendung ohne Belang. Letztlich tragen alle Wirtschaftstheorien zu Lug, Trug, Verwirrungen und Vernebelungen bei, was Scharlatanen und Kriminellen auf diesem Gebiet ihre Taten ermöglicht. Die jüngste Finanzkatastrophe beweist das bitter.

*Wolfgang Büchen*

**Antwort von Prof. Kremer:** „Ich vermute, dass Herr Büchen eine tiefe Abneigung gegen die Verwendung von Mathematik zur Erklärung wirtschaftlicher Zusammenhänge hat, weil er zu Recht annimmt, dass Volkswirte ihren Theorien durch die Verwendung von Mathematik einen wissenschaftlichen Anstrich geben. Wenn er aber schreibt, dass beim Wirtschaftsgeschehen zwar gerechnet werden kann und muss, dass aber keine mathematischen Gleichungen und Formeln für das Wirtschaften gelten, dann ist das eine Behauptung, die von Herrn Büchen nicht schlüssig begründet wird. Und ich bin davon überzeugt, dass diese Behauptung falsch ist. Folgendem würde ich zustimmen:

1. Allein die Verwendung von Mathematik bei der Herleitung von Aussagen zum Wirtschaftsgeschehen macht diese Aussagen weder wahr noch wissenschaftlich.
2. Die genaue Vorhersage wirtschaftlicher Entwicklungen ist wegen der Komplexität der betrachteten Zusammenhänge nicht möglich.
3. Aber: Der qualitative Einfluss makroökonomischer Größen, wie Zinsen und Wirtschaftswachstum, auf unser Wirtschaftsgeschehen kann durchaus in mathematischen Modellen analysiert, geklärt und besser verstanden werden.

Und schließlich: Wer sich meinen Artikel genau anschaut, der sieht, dass präzise angegeben wird, unter welchen Modellannahmen die im Artikel vorgestellte mathematische Analyse des Wirt-

schaftsgeschehens vorgenommen wird. So ist die Verwendung von Mathematik nicht in Zweifel zu ziehen. Kritiker können jedoch behaupten, dass die drei im Artikel vorgestellten Regeln nicht ausreichend realistisch sind. Diese Kritiker sind dann jedoch eingeladen, diese Regeln erstens so zu verändern, dass sie ihrer Meinung nach realistischer sind und zweitens die Auswirkung dieser Regeln auf die dynamische Analyse zu untersuchen. Diese Kritiker werden sich dann jedoch ihrerseits einer Kritik stellen müssen.

## Verstoß gegen das Recht?

Aufmerksam und interessiert las ich in der HUMANE WIRTSCHAFT 02/2009 verschiedene Artikel – sogar mehrmals. Angeregt durch den schönen Artikel „PLEITE AUF RATEN“ frage ich mich, ob es nicht möglich wäre, vereint eine Verwaltungsklage gegen die Bundesregierung einzuleiten. Meines Erachtens ist es gesetzlich nicht legitimiert, wie die Regierung mit Staatsgelder die eigentlich insolventen Banken unterstützt. Auch dass damit die Vermögensverluste sozialisiert werden, will mir nicht in den Kopf. Das Handeln der Regierung ist für mich Willkür. Lt. GG Art. 20. Abs.3 ergibt sich die Bindung der Verwaltung an Gesetz und Recht. „Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, Rechtsprechung und vollziehende Gewalt an Gesetz und Recht gebunden“.

*Edgar Neidhart*

## Weltfinanzkrise

### Arbeitsfreies Einkommen verbieten

Die Weltfinanzkrise hat die Schweiz mit voller Wucht erreicht. Unser heutiges Finanzsystem hat ausgedient. Anstelle von Hilfe für die Großbanken, hätten gegen diese Konkursverfahren eingeleitet werden müssen. So aber plünderten sie – mit dem Segen von Bundesrat und eidgenössischen Räten – auch noch unsere Staatskasse um mehr als 65 Mrd. Franken, was in etwa dem anderthalbfachen des Jahreseinkommens des Bundes entspricht. Sozialhilfe für die Banken, Brosamen für die Armen. Jetzt tritt ein, was der seinerzeit so angefeindete Wirtschaftsreformer Silvio Gesell wie folgt umschrieb: „Keine andere Erfindung hat solches Unglück geschaffen, wie der Zins“, der auch den Zwang zum Wachstum auslöst. Auch mit viel Hilfe werden wir nicht mehr aus diesem mörderischen Finanzsystem heraus finden. Die gesamte heute völlig überzogene Kreditwirtschaft befördert die reale Umverteilung von Staat nach Privat und von Arm zu Reich. Das bisherige System kann und darf aber auch daher nicht mehr gerettet werden, weil weltweit und auch in der Schweiz, ein gigantischer Schuldenberg aufgebaut wird, der nach dem selbstmörderischen Prinzip des Zinseszins abgerechnet und überhaupt nicht mehr zu bezahlen sein wird. Dieses System zu retten, ist schizophren. Die heutigen „Kapital-Verbrecher“ und „Falsch-Spieler“ haben ausgedient und sind an einem Punkt angekommen, wo sie auch noch unser Volkvermögen ins Visier nehmen und die Gelder aus der

AHV (Alters- und Hinterlassenenversicherung, obligatorisch in der Schweiz) und diejenigen der privaten Pensionskassen, sowie der Krankenkassen zu verspielen drohen. Daher sind die Banken und die Wirtschaft schleunigst auf neue gesetzliche Richtlinien mit ethischen Leitplanken zu verpflichten, und der in allen großen Religionen verbotene Zins (und mit ihm der Zinseszins), ist als „arbeitsfreies Einkommen“ zu unterbinden. Wie man das macht, dafür gibt es erprobte Vorschläge.

*Hansjürg Weder, Ex-Nationalrat, Basel*

## Gedanken zur Finanzkrise

Ich habe mir ein paar Gedanken zur Finanzkrise gemacht und bin zu dem Schluss gekommen, dass es unglaublich schwer ist, Deutschland mit dem bisherigen Konjunkturprogramm wieder zu reanimieren. Deshalb habe ich einen eigenen Plan entwickelt, wie sich unser Land aus der Krise holen könnte. Ich denke, dass es sinnvoll wäre, in die erneuerbaren Energien zu investieren. Damit meine ich, dass man jedem größeren Energiekonzern eine bestimmte Anzahl umweltfreundlicher Kraftwerke finanziert (z.B. 50 Gezeitenkraftwerke). Natürlich habe ich keine Ahnung, was es kostet, so eine Menge zu bauen, dieser Wert ist frei erfunden und dient hier nur als Beispiel. Als Effekt sollte der Strompreis sinken (Mehr Angebot bei gleicher Nachfrage). Das verschafft den Firmen eine niedrigere Ausgaben-summe. Sie machen also mehr Gewinn. Diesen Gewinn müssen sie dann in Arbeitsplätze umwandeln. Besagte Arbeitsplätze sind eigentlich nicht gefährdet, da die Strompreise ja dauerhaft tief bleiben. Die eingestellten Leute haben mehr Geld und kaufen somit mehr. Möglicherweise mieten sie sich sogar eine größere Wohnung und unterstützen so die Kraftwerke, indem sie mehr Strom verbrauchen. Durch den gesteigerten Wareneinkauf können die Firmen mehr Leute einstellen. Nicht viele aber ein paar. Sie können es sich ja selber einmal ausrechnen, wie die Konjunktur angekurbelt wird, wenn jeder Betrieb nur einen Mitarbeiter mehr einstellt. Falls es von Bedeutung ist, erwähne ich auch, dass einige Bau-firmen schon Gewinn machen, wenn sie die Kraftwerke bauen dürfen. Die Energiekonzerne sind die Einzigen, die am Anfang Verluste machen, durch die Preis-Senkung, diese sich aber nach einiger Zeit wieder ausgleichen, sodass der Preis stabil bleibt.

*Tobias Freund*

**Anmerkung des Herausgebers:** Sehr erfreulich. Da liest Tobias Freund, ein 14-jähriger Schüler, Texte in der Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT und stellt fest, dass er seine Ansichten als Umweltschützer mit einem Vorschlag zur Krisenüberwindung verbinden kann. Er möchte Gezeitenkraftwerke fördern und damit Arbeitsplätze schaffen. Ohne jede Änderung drucken wir seinen Text ab und bitten insbesondere junge Leser, dazu Stellung zu nehmen. Es könnte sich daraus eine Diskussion entwickeln, in der Schritt für Schritt die Erkenntnisse erweitert und gefestigt werden. Wir danken Tobias Freund für seinen bedenkenswerten Vorschlag. *W. Schmülling*

## Krisengeld oder das Kolumbus-Ei

Ich lese immer aufmerksam die HUMANE WIRTSCHAFT, die Analysen sind mir längst so geläufig, dass ich gar nicht mehr anders denken kann als in freiwirtschaftlicher Sicht. Die Artikel von Günther Moewes und von Helmut Creutz (natürlich!) sind wie immer hervorragend.

Dennoch wurde ich stutzig, als ich bei Moewes las: „Der jetzige Zeitpunkt wäre für ein abruptes Umsteuern denkbar ungeeignet.“ Gerade das meine ich nicht! Der Zeitpunkt ist so geeignet wie noch nie!

In der Tat, die Bargeld-Hortung hat extreme Formen angenommen, und nichts wird sie verlangsamten ohne eine Einführung von neuem Geld – mit Umlaufgebühr! Die Lage ist umgekehrt aber so, dass wir eigentlich auf eine abrupte Enthorung verzichten sollten, und es wird sich herausstellen, dass dies überhaupt nicht nötig ist! Das Problem könnte sich mit meinem Vorschlag vielleicht allmählich von selbst regeln, wie ich hier aufzeigen werde.

1) Die 500-, 200- und 100-Euro-Scheine können uns nach meiner Vorstellung vorläufig gleichgültig sein, weil sie ja ohnehin kaum umlaufen!

2) Die kleineren 50-, 20-, 10- und 5-Euro-Scheine sind allein von Bedeutung, was deren Umlauf anbelangt!

3) Es würde also hinreichen, wenn die Europäische Zentralbank beschließen würde, nur noch solche auszuliefern!

4) Die EZB sollte aber, wegen der Refinanzierungskrise, nur noch „Krisen-Scheine“ ausliefern, ab sofort! Das heißt Scheine, die nach dem gesellschen Muster eben mit Umlaufgebühr behaftet sein werden! Denn es kann nicht im Sinne der Währungshüter sein, dass neu ausgeliefertes Geld einfach gehortet und weggesteckt wird! Die EZB hat dazu ausreichende Begründungen. So habe ich in der Wirtschaftspresse mehrmals gelesen, dass die Banken zurzeit, statt ihre täglichen Überschüsse in den Geldmarkt einzubringen, Tagesüberschüsse abends vermehrt bei der EZB über Nacht zinsbringend anlegen, um in den folgenden Tagen diese Gelder dann wieder abzuheben, je nach Bedarf. Die EZB bedauert das, weil dies natürlich die Vertrauenskrise zwischen den Banken verschärft und Kredite an die Wirtschaft erschwert und verlangsamt. Die EZB will die Tages-Zinsen für solche Operationen berechtigterweise senken, wird sie wohl auch tun.

5) Dennoch ist die Befürchtung begründet, dass die Geschäftsbanken in der gegenwärtigen Lage selbst noch bei Null-Zins zu viel Geld bei der EZB zurücklegen werden, eben wegen der Vertrauenskrise.

6) So scheint mir, dass in dieser von jedem anerkannten außergewöhnlichen Situation die EZB berechtigt sein könnte, auch ohne jede gesetzliche Änderung, ihre neuen Geldscheine mit Umlaufgebühren, etwa 5,2% jährlich, zu belasten, denn sie will zugegebenermaßen alles dransetzen, dass die Neuausgaben nicht „über Nacht“ wieder still gelegt werden, sondern den Geldmarkt versorgen! Diese Gebühr kann elektronisch aufgebracht werden, vielleicht pro Monat,

oder wie auch immer. Wenn die Idee stimmt, gibt es auch einen Weg.

7) Da die EZB angeblich weitgehend unabhängig und „autonom“ ist, liegt es auf der Hand, dass sie diese Maßnahme aufgrund der außergewöhnlichen Krise gut begründen kann – wenn sie nur will!

8) Der Widerstand dagegen scheint vor allem intellektuell zu sein, so wie einst bei dem Goldproblem. Wir wissen, dass die einzige „Deckung“ jeden Geldes nur seine Kaufkraft und seine gesetzliche Gültigkeit ist.

9) Eine solche Neuordnung der Noten-Emission würde allein keinerlei Inflation verursachen im gegenwärtigen Kontext! Deshalb ist der Zeitpunkt denkbar günstig!

10) Es soll gelten, dass die herkömmlichen Scheine ebenso wie seither von der EZB zurückgenommen werden, ohne Abschlag und ohne Verluste für die einzahlenden Banken und ohne Abschlag für die Bankkunden bei den Schaltern!

11) Die neuen Scheine sollen aber nur gegen den zeitlichen Abschlag von 5,2% jährlich oder 0,1% wöchentlich oder 0,014% täglich von der EZB zurückgenommen werden! Eben weil es sich um Krisengeld handelt, das auch dann umlaufen und im Verkehr bleiben soll, wenn es die Vertrauenskrise gibt wie jetzt!

Johannes Finckh,  
Bordeaux

*Anmerkung der Redaktion:* Auch über die Auswirkungen seiner Vorschläge hat sich Johannes Finckh Gedanken gemacht. Den kompletten Beitrag schalten wir deshalb auf unserer Webseite [www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de) ab Anfang Mai 2009 frei.



**Leserbriefe:** Ihre Meinung ist uns wichtig. Senden Sie uns Ihre Fragen, Anregungen oder persönliche Meinungen. Bitte fassen Sie sich kurz, um so wahrscheinlicher wird die Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe ohne Rücksprache zu kürzen.



„Wenn  
die Idee  
stimmt,  
gibt es  
auch  
einen  
Weg.“

Johannes Finckh,  
Zitat aus seinem  
Leserbrief